



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/XII/237 - 16. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21631 - 83

Fernschreiber 0886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Vor den Erklärern der Bonner Ostpolitik | S. 1 |
| zum Chruschtschowbrief an die Sozialistischen Parteien | S. 3 |
| Wöhe in Kreuzfeuer des Bauernverbandes | S. 4 |
| Bundeswehr-Paktübung 1957 (II und Schluss) - Unsere Reportage | S. 5 |

Ein heilsamer Schock

ler. Die Heißsporne innerhalb der CDU-Fraktion, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow zum Anlass nehmen wollten, um einmal kräftig auf die Pause zu schlagen, sind von den Bedächtigeren und Klügeren innerhalb dieser Fraktion zurückgepfiffen worden. Zu einem Panthersprung nach Agadir nach wilhelminischem Muster wird es nicht kommen; es wäre auch das Törichteste, was in dieser Situation geschehen könnte. Die Bundesrepublik würde sich vor aller Welt blamieren, denn wirtschaftliche Sanktionen gegen Jugoslawien oder gar der Abbruch diplomatischer Beziehungen zu diesem Staate würde in Osten und im Westen als ein Rückfall in die unglückseligen diplomatischen Methoden des Kaiserreiches und des Dritten Reiches aufgefasst werden und entsprechende recht unliebsame Reaktionen auslösen. Zum Glück scheinen die Kräfte in der Regierung und in der Regierungsmehrheit die Oberhand zu haben, die vor jeden überstürzten Massnahmen warnen und erst im reichlichen Für und Wider die sich aus Titos Schritt zwangsläufig ergebenden Konsequenzen abwägen wollen. In diesem Zusammenhang ist die Bildung eines interfraktioneller Ausschusses zu begrüßen. Er soll nach Möglichkeit eine gemeinsame Grundlage für die zu erwartenden Beschlüsse erarbeiten; hier wird es sich zeigen, ob so etwas wie eine gemeinsame Aussenpolitik wenigstens in Umrissen gefunden werden kann.

Für die Bundesregierung kann die Belgrader Anerkennung

- 2 -

16. Oktober 1957

Pankows wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel. Mit ihm brach eine Illusion zusammen, die Illusion nämlich, dass kein Land es wagen würde, die Bonner Warnung zu missachten, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR sei ein unfreundlicher Akt und müsse für das betreffende Land nachteilige Folgen mit sich bringen.

Der jugoslawische Marschall hat es aber gewagt, und er konnte es auch wagen, weil er in nüchterner Einschätzung der internationalen Situation und des internationalen Kräftespiels erwarten durfte, dass sein Schritt auch bei dem mit der Bundesrepublik verbündeten Westen nicht auf eine profilierte Ablehnung stoßen würde. Zwar gibt es in den westlichen Hauptstädten die üblichen Worte des Bedauerns, aber keine westliche Regierung denkt daran, Tito doch halb Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Seine weltpolitische Zwischenstellung wird - und gerade in den Vereinigten Staaten - immer noch für sehr bedeutsam gehalten. Den Wahlsieg Adenauers betrachten die Westmächte ohnehin als Legitimation, sich in der Deutschlandfrage nicht unnötig zu engagieren.

Die Bonner Regierung steht nun vor den Trümmern ihrer Ostpolitik, soweit eine solche überhaupt Kontur und Form besass. Sie war von Geisteslosigkeit, Sterilität und Abwarten-wollen gezeichnet. Das Vorpreschen Jugoslawiens stellt Bonn nicht nur vor eine peinliche, sondern vor eine völlig neue Situation, zu deren Meisterung die alten Denkgewohnheiten und Klischees nicht mehr ausreichen. Die Fiktion, die Zeit sei ein Verbündeter der Bundesregierung, lässt sich nicht mehr aufrechterhalten. Es gilt, neue Wege zu beschreiten und Vorstöße in ein Gebiet vorzunehmen, das für die Bonner Außenpolitik bisher noch ziemlich unerforscht war und das sie vernachlässigte, weil sie glaubte, es sei nicht allzu bedeutungsvoll. So wichtig es für uns auch war, das Vertrauen des Westens zu erwerben, so lebenswichtig wird es für uns auch in der Zukunft sein, das latente Misstrauen bei unseren östlichen Nachbarn zu beseitigen. Dazu gehört zunächst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten des Ostblocks, die solche wünschen. Nur im unmittelbaren Kontakt und in lebendigen Gespräch mit diesen Ländern werden wir jenes Klima des Vertrauens schaffen können, das für die Lösung der wichtigsten deutschen Lebensfrage so nötig ist. Diese Aufgabe nimmt uns niemand ab.

Gefahrenherd Syrien

sp. Unerwartet schnell hat sich Syrien zu einem Gefahrenherd erster Grössenordnung entwickelt. Weniger ist es die Landung ägyptischer Truppen, die Anlass zu schwerwiegenden Befürchtungen gibt, als vielmehr die an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnernden heftigen Anklagen und Gegenanklagen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, die einander der Kriegshetze im Mittleren Osten beschuldigen. Chruschtschows Drohung, die Türkei könne an einem Tag vernichtet werden, wenn sie mit militärischen Mitteln sich in die Entwicklung in und um Syrien einmischen würde, beweist, wie explosiv die Lage ist.

Der Sekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion tat etwas Ungewöhnliches. In einem Schreiben an die Sozialistischen Parteien der Länder Westeuropas versichert er, Syrien werde in seinem Kampf gegen eine Aggression nicht allein stehen, der in Vorbereitung befindliche Konflikt enthalte die Gefahr, sich zu einem umfassenden Kriegsbrand zu entwickeln. Auch die deutsche Sozialdemokratie gehört zu den Empfängerern dieses alarmierenden Schreibens. Das Büro der Internationale wird, wie es dem Ernst der sich zuspitzenden Lage gebührt, sich am Wochenende mit der Antwort darauf befassen.

Ohne Zweifel gibt der Kampf der Weltmächte um Einflusszonen in diesem auch für die europäische Ölversorgung so bedeutsamen Teil der Erde dem Ringen um Syrien das bestimmende Gepräge. Ob die den Westen so beunruhigenden sowjetischen Waffenlieferungen nur die Folgen oder die Ursachen für entsprechende amerikanische Aktionen waren, bleibe unklar. Sicher ist, dass diese Waffenlieferungen, verbunden mit Truppenkonzentrationen, nicht geeignet sind, als Dämpfer für aufgewühlte Leidenschaften zu wirken. Immer mehr drohen die arabischen Völker zum Spielball der Weltmächte zu werden, aus dem sich zwangsläufig noch mehr entwirrbare Interessenkonflikte ergeben müssen.

Die Lösung, die sich aufdrängt, scheint in weiter Sicht zu liegen: Dieser Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu geben, sie ohne Einmischung von aussen entscheiden zu lassen, was ihnen dienlich ist. Sofern dabei lebenswichtige Interessen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten auf der Spiele stehen, ist die UNO das geeignete Forum, vor den Augen der ganzen Welt eine Beseitigung der Schwierigkeiten auf friedlichem Wege anzustreben. Beide Weltmächte gehören der UNO an. Sich ihres Mechanismus zu bedienen, bleibt wohl der einzige Weg, die schwelende Glut in Mittelost auszulöschen.

Was debattiert der "Deutsche Bauerntag"?

bg.- Der "Deutsche Bauerntag" in Hannover am 17. und 18. Oktober dieses Jahres findet in einer Zeit innerpolitischer Hochspannung statt, wie sie nach den Wahlen bei einer Regierungsumbildung regelmässig in Erscheinung tritt. Als Veranstalter zeichnet der "Deutsche Bauernverband", neben dem DGB die grösste und geschlossenste Körperschaft in der Bundesrepublik. Infolgedessen kommt dem diesjährigen Bauernkongress erhöhte politische Bedeutung zu.

Noch in letzter Zeit fanden wichtige vorbereitende Besprechungen statt, von denen sicherlich die interessanteste das Gespräch bei Dr. Adenauer am 10. Oktober in Bonn war. Die drei geschäftsführenden Präsidenten, Rehwinkel, Bauknecht und von Feury erschienen beim Bundeskanzler, um ihre Bedenken gegen eine neue Betrauung Lübkes mit dem Bundesernährungsministerium vorzutragen. Bauknecht und Feury gehören dem neuen Bundestag als Abgeordnete der CDU/CSU an, so dass dem Gespräch mehr der Charakter einer innerpolitischen Auseinandersetzung beizumessen ist. Die Bauernführer verlegten sich in ihren Klagen auf die schlechte Zusammenarbeit zwischen dem bäuerlichen Berufsstand und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im allgemeinen. Sie scheuten sich nicht, ein sogenanntes "Verbindungsreferat" zwischen dem Ministerium und dem Bauernverband zu fordern und die regelmässige Teilnahme des Ministers an den Vorstandssitzungen des Verbandes zu verlangen. Diese Haltung zeigt, wie wenig sich die Führung des Verbandes ihrer politischen Neutralität zwischen den Parteien und gegenüber der Regierung bewusst ist.

Das ging aber selbst Adenauer zu weit, der sonst zwischen Regierungs- und Interessentenpolitik keine sehr grossen Unterscheidungen zu machen pflegt. So mussten die drei Weisen genau so klug wieder abziehen, wie sie gekommen waren, und in Hannover ist auf diesem Gebiet nicht mehr viel zu erwarten. Auch auf dem Sektor der so beliebten agrar- und wirtschaftspolitischen Forderungen wird man sich davor hüten, diesmal erneut einen Katalog von Sofortmassnahmen der Bundesregierung vorzulegen. In der Vergangenheit hat es damit zu oft einen Hereinfall gegeben.

Bliebe also der "Grüne Bericht" und der "Grüne Plan", an dem sich so trefflich und billig herunkritisieren lässt. Einige Auspicien deuten darauf hin, dass er in Hannover kräftig auf die Hörner genommen wird, obwohl gerade der "Grüne Plan" konstruktive Massnahmen zum Fortschritt in der Landwirtschaft enthält. Die dreiköpfige Verbandesspitze wird auf dem diesjährigen Bauerntag nach dreijähriger Amtszeit neugewählt, dabei wird es mit Sicherheit zur Wiederwahl in der bisherigen Besetzung mit Rehwinkel, Bauknecht und von Feury kommen. Dem sogenannten Gesamtpräsidium gehören die Präsidenten der 15 Landesverbände und zwei weitere Präsidialmitglieder an, der jeweilige Vorsitzende der Landjugendorganisation und als Ehrenpräsident der frühere Verbandspräsident Dr. Hermes, der 1954 durch die dreiköpfige Verbandesspitze abgelöst wurde. Seitdem ist im Bauernverband die Diskussion um die Wiederherstellung des Ein-Mann-Präsidiums nicht mehr verstummt.

Versuch einer kritischen "Manöver-"Beurteilung

Fortsetzung und Schluß

Und dann die Grenadiere! Fahrzeuge, Geräte, Waffen, alles schön und gut oder auch nicht gut - wie aber findet sich der Mensch in dieser neuen deutschen Bundeswehr mit seinem Schicksal ab? "Schicksal" sei ein zu grosses Wort, weil Tausende sich selbst gemeldet hätten, freiwillig "zu den Waffen" geeilt wären und daher ihr Geschick doch selbst in die Hand genommen hätten? Sicher ist das so, aber das entbindet uns nicht der Aufgabe, uns um alle Soldaten der Bundeswehr zu kümmern, um die Freiwilligen und um die Wehrpflichtigen, die in gewisser Art doch auch Freiwillige sind, wenigstens in ihren ersten 12.000. Und da gibt es eine ganze Liste von Beschwerdeführern, die man nur erwähnt, wenn man den Länderselbst sprechen hört.

Da ist der Kampfanzug, der beim Fahren ganz brauchbar ist, für den Soldaten aber, der laufen muss, zur Qual wird: einmal scheuert sich der Stoff zwischen den Beinen zu rasch ab und dann kann sich der Panzerist, wenn er den "Teddy" darunter anzieht, nicht mehr richtig bewegen; und ohne "Teddy" friert er sich die Kränke an den Hals. Da ist der Helm, den es nicht in allen Grössen gibt und der das Wasser in den Hals laufen lässt. Da sind die Sorgen der Gebirgsjäger mit ihren Bergschuhen: für 3000 Mann gibt es nur etwa 300 Paar Bundeswehrschuhe, so dass viele Gebirgsjäger eigenes Schuhwerk tragen müssen. Da sind die Ami-Zelte, mit denen die Bundeswehr-Soldaten nicht zurecht kommen. Da ist die Geschichte mit den "Hosen in denselber": Der neue Gummisohlen-Knobelbecher ist zwar eine Erlösung von den schlechten Spaltleder-Schnürschuhen, aber um die langen Hosen als Überfallhosen verwenden zu können, muss man sie jetzt mit handelsüblichen Paket-Gummiringen festhalten. Da ist die unzweckmässige Ausstattung mit Becken und Fussäcken. Da ist schliesslich die fehlende Lösung der Schlafunterlage bei Übungen und Manövern: ein gefütterter warmer Schlafsack wäre schon etwas, aber warum denkt man in der Verwaltung und in den Stäben nicht daran, zunächst zur Probe einmal aufblasbare Gummimatratten auszugeben? Eine M 47-Panzer-Besatzung hat sich diese Unterlager auf eigene Kosten angeschafft, um nicht immer auf der blanken Erde liegen zu müssen, weil der M 47 so eng ist, dass man in ihm kein Gepäck mitnehmen kann und die Rucksäcke aussen antinden muss.

Ausgesprochenen Manöver-Zurmer gab es mit der Verpflegung, wenn auch die Sorgen regional verschieden waren. Im Süden, bei den Gebirgsjägern, wünschten sich die Soldaten reichliche Eintopf-Essen. Im Norden, bei den Panzerschützen und -grenadieren verwünschte man den Eintopf, weil das Essen versalzer war oder angebrannt ankam und weggeschüttet werden musste, und das, obwohl man sich nach warmem Essen sehnte, da man, so beispielsweise die Panzerbesatzungen beim Unternehmen "Nordwind", durch Stunden hindurch nur einige trockene Brotscheiben erhalten hatte. Die neue, den Amerikanern nachempfundene Einrichtung besonderer Versorgungskompanien wird gelobt und verdammt, das eine bei den Stäben, das andere bei den Soldaten, die die Feldküche lieber bei sich haben möchten. Da die neuen Feldküchen ausserdem nicht während der Anfahrt in Betrieb genommen werden können, ergeben sich

cht höchst unerwünschte Wartezeiten.

+

Und die Menschen selbst? Kollektivurteile sind des Teufels, und man kann weder "die Freiwilligen" noch "die Wehrpflichtigen" in ein Schabfach tun. Ausserdem leidet das Urteil unter einem ganz schweren Handicap: Die Wehrpflichtigen sind, wenigstens in ihren ersten 10.000, im wesentlichen ausgesuchter Überdurchschnitt, sodass das überall gesungene Lob nur mit Vorbehalt übernommen werden kann. Und die Freiwilligen sind, vor allem in den Gruppen, die aus der Blank-Zeit stammen, bei weitem nicht immer das, was man sich für den Aufbau der neuen demokratischen Bundeswehr gewünscht hätte. Man wird also, wenn man die sorgenvollen Äusserungen vieler Offiziere über viele Unteroffiziere und Feldwebel hört, den Richtstrahl des Zornes zunächst auf den ersten Bundesverteidigungsminister Lenken müssen, der gemeinsam mit Adenauer und mit den Jassager-Offizieren im Bundesverteidigungsministerium die Verantwortung für den schlechten personellen Start der neuen Streitkräfte trägt.

Aber die so sorgenvoll betrachteten Unteroffiziere und Feldwebel sind nun einmal da, und der Zorn allein hilft nicht mehr viel. Der Kummer, den sich die Bundeswehr und das deutsche Volk mit diesen Männern aufgeladen haben, gilt ausserdem gleicherweise für jene Gruppe von Offizieren, die Holz vom gleichen Holz und Geist vom gleichen Geiste sind, auch wenn sie silberne oder goldene Sterne tragen. Wahrscheinlich waren die Herbstübungen 1957 die bisher erste Gelegenheit, diesen personifizierten Kummer sozusagen en masse zu erblicken: Wer diese Schwadronen von überalterten Stabs- und sonstigen Offizieren ziellos, wenn auch geschäftig im Gelände herumgeistern sah, der konnte nur noch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen! Die ganze Leere der Blankschen Untat blickte einen an: Dieser unselige Ex-Minister hatte, von Adenauers Divisionenrausch überwältigt, für eine Phantasiearmee von 500.000 Mann unzählige Stabsoffiziere einberufen - und nun hängen diese alten Männer der Bundeswehr wie Kletter an und sitzen fest in ihren Planstellen, so dass für die jungen und jüngeren Offiziere der jetzt verkleinerten Bundeswehr - wann und ob die neue Planzahl von 345.000 erreicht werden wird, wissen die Götter! - die Aufstiegschancen nahezu restlos blockiert sind. Ein keineswegs allzu junger Oberleutnant meinte resigniert: "In dieser Bundeswehr jetzt Oberst zu werden, das gibts gar nicht mehr!"

Das rettende Rezept, das es hier gäbe, das dürfte vorläufig allerdings höchst theoretisch sein: Pensionieren, rasch und entschlossen pensionieren, und wenn diese Massnahme noch so hart und kostspielig sein sollte! Auf die Dauer würde das Verbleiben dieser Männer noch viel kostspieliger werden. In einer lockhaften Wehrpflicht-oder-nicht-Diskussion setzte sich ein Panzer-Brigadegeneral für die Wehrpflicht ein, weil nur so "frisches Blut" in die Bundeswehr käme. Auf den Gedanken, dass eine ganze Menge frisches Blut in die Bundeswehr kommen würde, wenn man die überalterten Blank-Offiziere wieder nachhause schickte, darauf kam der General nicht. Und doch wird es weder bei den Unteroffizieren, die oft auch körperlich nicht mehr mithalten können, noch bei den Offizieren anders gehen, wenn man die junge Bundeswehr nicht an Kalkedern erkranken lassen will.

+

Denkt denn niemand an das schlechte Beispiel? Ein junger Hauptmann berichtete, dass er einem Wehrpflichtigen förmlich verbieten musste,

16. Oktober 1957

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Hacken zusammenzuschlagen. Auf die Frage, warum er das denn täte, kam die Antwort, er wolle ganz und gar "Soldat" sein, und sein Kompaniechef habe ihm gesagt, das mit dem Hackenzusammenschlagen, das gehöre eben dazu. Es gab eine erfreulich grosse Zahl von Wehrpflichtigen und Freiwilligen, die nicht verrückt spielten, und es gab eine erfreulich grosse Zahl von Offizieren, die über den bewussten Kompaniechef den Kopf schüttelten. Aber es gab auch andere Offiziere, die jung an Jahren waren und trotzdem geradezu erschütternd restaurative Gedankengänge äusserten. Was da manchmal an pseudopolitischen Gerede zu hören war, das konnte einen Hund erbarmen, nicht etwa, weil es "reaktionär" war, denn das hätte eine politische Meinung vorausgesetzt, sondern weil es so schrecklich selbstlos und nachgeredet war. Nachgeredet den körperlich und geistig überalterten Blank-Offizieren, die ja auch rein fachlich den ausserordentlichen Anforderungen einer modernen Streitkraft wie der Bundeswehr überhaupt nicht mehr entsprechen können, und nachgeredet auch den gaspenstischen Figuren aus den Kriegervereinen, die allüberall als geachtete Manöver-Gäste auftauchten und ihren Senf dazugaben. Gott schütze die Bundeswehr vor diesen ihren Freunden!

+

Ein Oberstleutnant, der den Auftrag hatte, mit seiner rasch zusammengerafften Kampfgruppe eine Höhe einzukreisen und zu erstürmen, auf der sich "rote Partisanen" festgesetzt hatten, hockte in einem Strassengraben über einer Karte und berichtete dem Major mit dem weisen Schiedsrichter-Band um die Mütze, was er alles unternommen und angeordnet hatte, um die "Roten" zu fangen. Irgendwo im Walde hörte man die M 47 brummen, die zusammen mit einigen Selbstfahr-Haubitzen den Kern der kleinen Streitmacht bildeten. Der Schiedsrichter-Major horchte kurz auf und fragte neugierig: "Welche Verbindung haben Sie mit Ihren Panzern?". Darauf der Oberstleutnant, dem der Schweiß übers ganze Gesicht rann, unwirsch: "Ich habe keine Verbindung mehr!". Der todmüde Grad-Melder, der daneben im Graben lag, fiel allerdings als "Verbindung" aus, und über Funkgeräte verfügte der Oberstleutnant nicht. Sie waren in der Eile des Aufbruchs vergessen worden. Vielleicht hatte die Einheit auch gar keine, was, nach den, was man so hörte, gar nicht so verwunderlich gewesen wäre.

Genau dieses "keine Verbindung haben" darf aber unter keinen Umständen zwischen der Bundeswehr und dem Volk, zwischen der Truppe und uns einreissen! Die Bundeswehr ist ein Faktum. Wenn wir nicht wollen, dass sie sich isoliert, dann dürfen wir sie vor uns aus nicht isolieren, weil wir sie sonst selbst zu dem "Staat im Staate" machen, den wir niemals wieder haben wollen. Wer diese völlig erschöpften jungen Burschen, diese jungen Bürger in Uniform irgendwo im Wald oder an einer Hecke schlafen sah, der weiss und sagt es, dass wir sie nicht sich selbst überlassen dürfen, sondern sie in unsere Obhut nehmen müssen. Wer mit den jungen und auch manchen älteren Offizieren sprach, die guten Willens sind, der weiss und sagt es, dass wir sie nicht in der Stickluft einer drohenden Militär-Restauration untergehen lassen dürfen, sondern

16. Oktober 1957

sie mit allen Mitteln und Kräften stützen und fördern müssen, denn unser gemeinsamer Feind ist der verkalkte und deshalb allein schon antidemokratische Nxr-Kommiß.

+

In den Tagen, an denen die Bundeswehr-Heeresseinheiten zu ihren Herbstübungen durch die Bundesrepublik rollten, waren die Zeitungen voll von den Berichten über den sowjetischen Satelliten-Word "Spatrik" und über die nun wahrscheinlich unumgänglich werdenden Konsequenzen auch für die Probleme einer modernen Verteidigungsorganisation. Am 17. Oktober aber erklärte der Bundesverteidigungsminister Strauss, der schon die Meldungen über die sowjetische Interkontinentalrakete als einen "Eluff" bezeichnet hatte, vor dem Bundesverteidigungsrat, dass sein Grund bestehe, die Aufstellungs- und Ausrüstungspläne der Bundeswehr zu ändern. Diese kühne Behauptung wäre schon ohne den Start des ersten Erdsatelliten gegenstandslos. Die Welt strebt durch die Entwicklung der Waffentechnik einer Situation entgegen, in der politische Probleme mit militärischen Mitteln überhaupt nicht mehr zu lösen sind. Die Bundeswehr ist aber jetzt eine Tatsache und das Parlament wird sich ernsthaft mit den Ergebnissen ihrer ersten Manöver zu befassen haben. Die jungen Menschen, die freiwillig oder "gezogen" in diesem Heer dienen, haben einen Anspruch darauf, dass man sich um sie kümmert. Ob aber selbst bei organisatorischer und technischer Perfektionierung der Bundeswehr das Problem der Sicherheit unseres Volkes annähernd gelöst werden kann, bleibt auch dann mehr als fraglich. Wenn wir in dem jetzigen Stil weitermachen, dann ist das eine nicht zu verachtende Vergeudung von Milliarden bitter erarbeiteter Steuergroschen sowie ein unerträglicher Missbrauch mit der Arbeitskraft und den geistigen Fähigkeiten von Tausenden von Männern. Beides können wir uns nicht leisten!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel